



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse Euch, werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und Gemeinderat, anwesende Personen aus der Verwaltungsleitung, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Gäste zu unserer zweiten Sitzung im Jahr 2024. Zuerst möchte ich aber Leila Rachdi als Nachfolgerin von Nadine Wasem und somit neues Stadtratsmitglied willkommen heissen. Wir wünschen Dir dabei viel Freude im Amt.

(Applaus)

So bitte ich nun den Stadtratssekretär Michael Strebelt um den Appell:

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Da heute die Stadtratspräsidentin Saima Sägesser verhindert ist, benötige ich zu meiner Unterstützung im Präsidium noch einen Ersatz. Wenn Ihr damit einverstanden seid, möchte ich es dennoch offiziell bestätigen lassen, dass Nathalie Scheibli heute Abend neben mir amtiert. Wer damit einverstanden ist, dass Nathalie Scheibli heute sozusagen Tages-Vizestadtratspräsidentin ist, soll dies mit dem Erheben der Karte zeigen. Das scheint einstimmig, würde ich sagen. Viel Vergnügen.

Wahl von Nathalie Scheibli (SP) als Tages-Vizestadtratspräsidentin

37 Ja angenommen

0 Nein

1 Enthaltung

(Applaus)

Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe passierte vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste sowie die dazugehörenden Akten sind auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es dazu noch Bemerkungen? Nein, so fahren wir fort und gehen zu Traktandum Nr. 1 über.

¹ Ein Stadtratsmitglied erscheint unmittelbar nach dem Appell. Somit sind 38 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



1. **Protokoll der Stadtratssitzung vom 5. Februar 2024: Kenntnisnahme**

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Hier geht es um die Kenntnisnahme des Protokolls der Stadtratssitzung vom 5. Februar 2024. Das Protokoll ist auf der Webseite einsehbar. Gibt es dazu Bemerkungen? Nein. Somit herzlichen Dank an Thomas Thurnherr für das Verfassen des Protokolls. Wir fahren weiter mit Traktandum Nr. 2.



2. Schaffung einer Rechtsgrundlage für digitale Stadtratssitzungen: Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019: Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Dieses Traktandum beschäftigt sich mit der Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für digitale Stadtratssitzungen. Ist dazu das Eintreten bestritten? Da das Eintreten unbestritten ist, wird es stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Ich schlage nun den folgenden Ablauf vor: Wir starten mit der Berichterstattung, dann beraten wir die Vorlage im Allgemeinen und anschliessend folgt die Detailberatung der Artikel und der zwei vorliegenden Anträge. Somit würde ich im Rahmen der allgemeinen Beratung mit der Berichterstattung durch das Büro des Stadtrats eröffnen. Dazu würde ich sogleich Michael Schenk das Wort erteilen, der sich im letzten Jahr mit diesem Thema ausgiebig befasste.

Sprecher für das Stadtratsbüro, Michael Schenk (SVP): Ich wurde angefragt, ob ich diese Vorlage für das Büro kurz vorstellen würde. Ich sagte, dass ich dies gerne mache und es einmal versuche. Ihr konntet ja bereits das Meiste lesen, sodass ich einfach einen kurzen Überblick dazu gebe. Als die erste Corona-Pandemie im Frühling 2020 die Schweiz erreichte und der Bundesrat einen Lockdown verordnete, konnten auch keine Stadtratssitzungen mehr durchgeführt werden. Bei uns betraf dies die Stadtratssitzung vom 23. März 2020. Somit kann man sagen, dass es fast genau vier Jahre her ist. Und auch wenn niemand weiss, was in Zukunft im städtischen Parlament in dieser Hinsicht noch auf uns zukommt, soll nun eine entsprechende Grundlage geschaffen werden, damit das Parlament weiterhin handlungsfähig ist.

Der Stadtrat beauftragte das Büro an seiner Sitzung vom 28. November 2022 im Rahmen der Beratung und der Beschlussfassung des Reglements über den Bevölkerungs- und Zivilschutz notwendige Massnahmen zur Sicherstellung und zum Funktionieren der Behörden im Fall von höherer Gewalt, wie eben beispielsweise eine Pandemie, zu erarbeiten und dem Stadtrat einen entsprechenden Beschluss vorzulegen. Dies passiert nun genau heute Abend. An der Stadtratssitzung vom 26. November 2021 entschied sich das Büro des Stadtrats bereits zu einem proaktiven Vorgehen. Das heisst, dass wir uns bereits früher mit diesem Problem befassten. Dabei gab das Stadtratsbüro dem Sekretariat den Auftrag eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. In den darauffolgenden Jahren wurde eine Vorlage beraten und dem Gemeinderat zum Gelesen vorgelegt. Dabei nahm man die Anregungen seitens des Gemeinderates auf, beriet diese und liess sie allenfalls ins neue Reglement einfliessen. Somit konnten wir sicherstellen, dass nichts vergessen ging.

Dies war ein kurzer Überblick und so möchte ich nun noch einige Anmerkungen zur Vorlage machen: Zu Punkt 3.2.2 «Hybride Sitzungen» möchte ich ein paar Punkte herausnehmen, die mich wichtig dünken. Von der Durchführung einer hybriden Sitzung, wie sie ursprünglich angedacht war, kam man wieder weg. Man entschloss sich dazu, entweder für alle eine virtuelle Sitzung durchzuführen, oder die Sitzung dann für alle physisch abzuhalten. Was sind die Gründe für diesen Entscheid? Es ist so einfacher, klarer und auch das Risiko technischer Schwierigkeiten ist dabei geringer. Gleichzeitig gelten dabei für alle dieselben Bedingungen. Zumal auch der Austausch von Angesicht zu Angesicht allemal besser ist.

Zu Punkt 3.2.3 «Andere Gemeinden» ist zu sagen, dass in anderen Gemeinden solche Grundlagen bereits erarbeitet wurden, sodass die Geschäftsordnungen bereits entsprechend angepasst und die Ergänzungen aufgenommen wurden. Also muss Langenthal für einmal nicht Neues erfinden. Auf Punkt 3.4 «Erläuterungen zu den Bestimmungen» bezogen sollte der Grundsatz klar sein, dass der Stadtrat grundsätzlich physisch tagen sollte. Es bleibt das Ziel, dass der Stadtrat, wenn immer möglich, sei in Abstand, mit Masken oder was auch immer, seine Beratungen physisch vor Ort abhält. Sollte dies aber nicht möglich sein, da es entsprechend verordnet wurde und man keine physischen Versammlungen machen darf, sollte situativ ein Notbetrieb eingerichtet werden. Für die Organisation und Durchführung einer solchen Sitzung ist das Stadt-



ratsbüro verantwortlich. Im Weiteren hat das Büro sicherzustellen, dass alle Ratsmitglieder an den Sitzungen über dieselben Rede-, Antrags- und Abstimmungsrechte verfügen. Ebenso müssen diejenigen Ratsmitglieder, die über kein digitales Gerät verfügen, entsprechend ausgerüstet werden, damit auch sie an digitalen Sitzungen teilnehmen können. Dies ist in Art. 2, Abs. 2 festgeschrieben. Gleichzeitig muss das Büro organisieren, dass gemäss Art. 2a, Abs. 4 auch die Bevölkerung an einer virtuellen Sitzung teilnehmen kann. Auch dies hat das Stadtratsbüro zu organisieren. Das ist bereits heute ein bisschen so geregelt, dass dies gemacht werden kann. Bevor eine virtuelle Sitzung gestartet werden kann, müssen dies die Stadtratsmitglieder mit einer Abstimmung zu Beginn der Sitzung mit einem einfachen Mehr gutheissen. Wenn dies nicht zustande kommt, wird die Sitzung nicht abgehalten.

Das waren soweit meine kurzen Erläuterungen zu diesem Traktandum. Ich bedanke mich fürs Zuhören und nun bin ich auf die Beratung gespannt. Und es ist mega schön, wenn die Technik so gut funktioniert. Merci vielmals, es tönt wirklich gut.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Besten Dank. So gehen wir weiter und kommen zur Berichterstattung der GPK. Dazu liegen uns zwei Anträge vor und ich übergebe das Wort an Diego Clavadetscher.

Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK setzte sich an ihrer vorbereitenden Sitzung mit diesem Geschäft auseinander. Formell beurteilte sie es als korrekt, sodass wir dazu keine Anträge stellen. Daneben wurde auch das Inhaltliche besprochen, wozu dann Anträge gestellt wurden, die im Voraus zumindest an die Fraktionspräsidien verschickt und heute auch noch vorgestellt werden. Damit ich anlässlich der Detailberatung nicht noch einmal als GPK-Sprecher auftreten muss, erlaube ich mir diese Anträge an dieser Stelle zu begründen. Es war das Ziel dieser Anträge, nicht etwas Neues zu schaffen, sondern in einer Art Betrachtung einer unabhängigen, vorberatenden Kommission noch den einen oder anderen Verbesserungsvorschlag zur Denkarbeit unseres Büros vorzulegen. Dies äussert sich darin, dass wir die Reihenfolge gewisser Formulierungen umstellten.

Dazu wird ein neuer Abs. 6 von Art. 2a vorgeschlagen, der auf dem letzten Satz basiert, der in Abs. 1 durch das Büro vorgeschlagen wurde. Mit dieser Änderung sollte klargestellt werden, dass sämtliche Regelungen, die hier vorgeschlagen werden, auch durch das Büro des Stadtrates vorgeschlagen werden. Damit soll das Büro in allen Bereichen solcher Sondersitzungen die Kompetenz bekommen, dem Stadtrat entsprechende Regelungen vorzuschlagen. Bei der Einfügung des konkreten Einzelfalls in Abs. 6 handelt es sich um einen neuen Gedanken, der in der Diskussion die offene Frage klären soll, dass das Büro nicht die Kompetenz erhält, eine Verordnung in Ergänzung zu unserer Geschäftsordnung zu machen, sondern vor jeder digital durchgeführten Stadtratsitzung eine auf den Einzelfall bezogene Lösung vorzuschlagen hat.

Der von der GPK vorgeschlagene Abs. 7 war eigentlich im Vorschlag des Büros bereits unter Art. 15, Abs. 1, Lit. g enthalten. Dadurch, dass dieser Absatz dort herausgelöst und in einen eigenständigen Abs. 7 überführt wurde, ist es jetzt klar, dass die Vorschläge des Büros, um Verbindlichkeit zu erlangen, durch den Stadtrat als Gesamtes verabschiedet werden müssen. Dies verleiht diesen Entscheidungen, die zum Teil

Anträge Geschäftsprüfungskommission

Stadtratsitzung 25. März 2024, Traktandum Nr. 2

- Anpassung des Art. 2a (neu) im Änderungserlass der Geschäftsordnung des Stadtrates:

¹ Ausschliesslich in Ausnahmesituationen, wenn eine physische Zusammenkunft nicht möglich ist, wie namentlich im Falle höherer Gewalt, kann eine Stadtratsitzung virtuell durchgeführt werden. Wird eine Stadtratsitzung ausnahmsweise digital durchgeführt, sind die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung sinngemäss anzuwenden. Das Büro des Stadtrates regelt die weiteren Voraussetzungen und Einzelheiten.

... [wie beantragt]

⁶ Das Büro des Stadtrates regelt für den konkreten Einzelfall die weiteren Voraussetzungen und Einzelheiten.

⁷ Die Entscheide des Büros über die Durchführung einer digitalen Stadtratsitzung und über die Vorgaben, wie die konkrete digitale Stadtratsitzung durchgeführt werden soll, müssen von den zugeschalteten Stadtratsmitgliedern, mittels einfachem Mehr zu Beginn der digitalen Stadtratsitzung, formell bestätigt werden.

Stadtratsitzung 25. März 2024, Traktandum Nr. 2

25. März 2024

Anträge Geschäftsprüfungskommission

Stadtratsitzung 25. März 2024, Traktandum Nr. 2

- Anpassung des Art. 15 im Änderungserlass der Geschäftsordnung des Stadtrates:

¹ Das Büro des Stadtrates:

a. - f. unverändert

g. entscheidet bei Vorliegen einer Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 2a Absatz 1 – unter Vorbehalt von Artikel 2a Absatz 7 – über die Durchführung von digitalen Stadtratsitzungen. Das Büro des Stadtrates legt verbindliche Vorgaben fest, wie die virtuelle Sitzungsteilnahme erfolgen soll. Das Büro des Stadtrates hat darzulegen, inwiefern eine solche Ausnahmesituation vorliegt; Dieser Entscheid muss von den zugeschalteten Stadtratsmitgliedern, mittels einfachem Mehr zu Beginn der digitalen Stadtratsitzung, formell bestätigt werden.

h ...

Stadtratsitzung 25. März 2024, Traktandum Nr. 2

25. März 2024



eben auch heikler Natur sein können, eine höhere Legitimität. Wie bereits angedeutet ist diese Regelung dahingehend neu, dass dieser Vorschlag sämtliche Regelungen für solch einen Abend – und nicht nur allein die Frage, ob man überhaupt eine digitale Stadtratssitzung durchführen möchte, umfassen muss. Das bedeutet, dass zu Beginn einer solchen digitalen Stadtratssitzung im Plenum zwei Abstimmungen durchzuführen sind. Die eine betrifft die Frage, ob man eine solche Sitzung durchführen möchte und die andere, nach welchen Regeln sie durchzuführen ist. Wenn dann ein Beschluss des Stadtrates als Ganzes vorliegt, hat dieser Beschluss dann auch eine deutlich höhere, rechtliche Legitimität bezüglich heikler Fragen, als wenn dies allein durch das Büro verabschiedet wird. Das ist das Ziel dieser Änderung mit der Anpassung von Art. 15, Abs. 1, Lit. g, was Ihr hier jetzt noch auf diesem Chart dargestellt seht. Dies entspricht einfach der formellen Folgeanpassung von Abs. 7 in Art. 2a.

Die GPK beantragt diese Änderungen im Rahmen der Detailberatung, so wie sie nun vorgestellt wurden, einstimmig anzunehmen. Danke.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Danke vielmals. Wünscht der Gemeinderat noch das Wort? Nein. Melden sich Fraktionssprecher zu Wort? Gibt es Einzelsprecher, die sich dazu noch äussern möchten? Nein, dem ist nicht so. Somit folgt die Detailberatung. Dazu liegen nun eben diese GPK-Anträge vor. Ich nehme an, dass die GPK nicht nochmals etwas dazu sagen möchte. Gut. So kommen wir erneut zu den Fraktionssprechern. Okay, da meldet sich niemand. Gibt es Einzelsprecher? Auch nicht. Gibt es weitere Wortmeldungen, was ich zwar nicht glaube? So würde ich beliebt machen, dass wir direkt über die Anträge der GPK zu Art. 2a 15 in einem Mal abstimmen und anschliessend über Art. 15 abstimmen, da sie inhaltlich miteinander verknüpft sind. Wenn Ihr damit einverstanden seid und diesen Anträgen, wie sie hier eingebündelt sind, zustimmen möchtet, so bitte ich es mit der Karte anzuzeigen. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GPK zu Art. 2a

38 Ja angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

So kommen wir zur Detailberatung von Art. 15. Wünscht die GPK nochmals das Wort? Gibt es Fraktionssprecher? Auch nicht. Gibt es Einzelvoten? Nein. So stimmen wir auch über diesen Antrag ab. Wer diesem Antrag der GPK zustimmt, soll es bitte mit der Karte zeigen. Gut. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Nein, gibt es nicht.

Abstimmung über den Antrag der GPK zu Art. 15

38 Ja angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Somit sind wir mit der Detailberatung bereits fertig. Möchtest Du noch etwas sagen, Michael? Nein. Nun folgt die Schlussabstimmung. Wer dieser Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für digitale Stadtratssitzungen mit den beschlossenen Änderungen genehmigen möchte, soll dies nun bitte mit der Stimmkarte anzeigen. Wer spricht sich dagegen aus? Wer enthält sich der Stimme?



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 25. März 2024

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 gemäss Änderungserlass, im Entwurf vom 27. November 2023, wird mit den an der Sitzung beschlossenen Anpassungen genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



3. Dringliche Motion Freudiger Patrick (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (glp), Clavadetscher Diego (FDP), Rentsch André (jl), Lerch Martin (SVP), Fluri Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2022: Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintreten:

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Es folgt Traktandum Nr. 3. Hier geht es um die dringliche Motion von Freudiger Patrick, Barben Stefanie, Häfliger Dyami, Clavadetscher Diego, Rentsch André, Lerch Martin, Fluri Patrick und Mitunterzeichnende vom 28. März 2022 «Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren» mit dem Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Es geht hier um ein zwingendes Geschäft, sodass das Nichteintreten ausgeschlossen ist und wir direkt in die Beratung einsteigen.

II Beratung:

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Da uns eine schriftliche Beantwortung vorliegt, gibt es keine weitere Berichterstattung durch den Gemeinderat. Auch von der GPK liegt kein Bericht vor. Möchten die Motionär:innen noch etwas dazu sagen?

Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP): Als wir diesen Antrag auf Fristverlängerung sahen, schluckten die meisten der Motionäre zuerst einmal leer. Dies war zumindest meine Wahrnehmung, insbesondere wenn Sie sehen, welches Datum für die Verlängerungsfrist genannt wird. Normalerweise geht es dabei um ein Jahr, so wie beispielsweise im nächsten Traktandum mit einer Verlängerung bis Ende 2024. Manchmal geht es vielleicht auch um zwei Jahre, aber hier wird nun September 2027 angegeben. Da war dann der erste Verdacht, ob man hier ein unangenehmes Thema hinauszuschieben versucht; insbesondere auch deshalb, als wir uns die Beratungen im Gremium des Gemeinderates anschauten, wobei die Rede davon war, dass dies eine Verfassungsabstimmung benötigt, was aber selbstverständlich nicht der Fall ist. Vielleicht irrte man sich dabei in der Motion, geht es hier doch auch nicht irgendwie um die Schuldenbremse-Motion, sondern um die Motion «Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren». Was man damit bezweckt, ist im jährlichen Budgetierungsprozess die Entwicklung des laufenden Aufwands entsprechend anzupassen. Dabei ist der Aufwand aus betrieblicher Tätigkeit gemeint und zwar ab sofort für eine vorerst befristete Dauer bis Ende Legislatur 2025 bis 2028. Man will diese Aufwandgrösse, eine HRM²-Grösse, plafonieren, sodass das all-fällige Aufwandwachstum an die durchschnittliche Entwicklung der jeweiligen Teuerung der letzten Jahre im Kanton Bern oder an andere zweckmässige Referenzgrundlagen angepasst wird. Das Ziel ist klar, will man damit doch die Ausgaben vermehrt kontrollieren können, sodass man diese sehr hohen Defizite, die gemäss Finanzplan immer noch weiter ansteigen, etwas besser unter Kontrolle bringt.

Aufgrund der Diskussionen in den vergangenen Tagen löste sich die anfängliche Skepsis allerdings ein bisschen auf. Wie man uns nun zu verstehen gab, wäre eigentlich die Idee einer solch langen Fristverlängerung nicht etwa, dass man damit etwas hinausschieben möchte, sondern es geht dabei offenbar darum, dass man die Umsetzung besonders ernstnehmen möchte. Ich las deshalb auch den Motionstext vor, verlangt man doch, dass die Koppelung an die Referenzgrösse zur Aufwandplafonierung bis und mit 2028, das heisst während der Legislatur 2025 bis 2028, vorgenommen wird. Wenn es nun der Auffassung des Gemeinderates entspricht, dass man diese Fristverlängerung deshalb so ansetzt, damit man in jedem Jahr, so wie es der Motionstext fordert, das Begehren auch 1:1 umsetzen kann, so hätten wir dafür natürlich viel Verständnis. So macht dann auch das Datum September 2027 grundsätzlich Sinn, weil dann zu diesem Zeitpunkt unter normalen Umständen das Budget 2028 bereits beschlossen wäre. Somit hätten wir quasi die Legislatur 2025 bis 2028 bereits erfüllt. Es gibt daneben noch die Hypothese, dass man im September 2027 noch kein Budget beschlossen, respektive der Gemeinderat es noch nicht vorgeschlagen hätte. Für diese Eventualität müsste dann eben der Stadtrat im September 2027 an Ort und Stelle die vorzeitige Abschreibung bestreiten, wenn das Budget wider Erwarten noch nicht vorliegen sollte. Aber ich glaube, dass es hier zum Verständnis der Debatte erhellend und vielleicht auch restlos klärend und verbleibende Unsicherheiten be-

¹ HRM2 = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für Kantone und Gemeinden



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 25. März 2024

seitigend wirken würde, wenn der federführende Gemeinderat Roberto Di Nino zuhanden des Plenums klarstellen könnte, was mit dieser Fristansetzung genau die Absicht des Gemeinderates ist. Ich denke, auch, dass es dabei nicht einfach um «l'art pour l'art» geht. Folgt man den gemeinderätlichen Beratungen, wie diese gemäss Protokoll abliefen, so ist dies einfach nicht ganz alles zielgenau beschrieben. Deshalb wäre ich froh, wenn hier eine Klarstellung erfolgt, was genau die Absicht dieser Verlängerung ist. Merci.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Danke vielmals. So hat nun der Gemeinderat Roberto Di Nino das Wort.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Besten Dank für die Gelegenheit, dass ich hier das Wort ergreifen und in dem Sinn auch zur Klarstellung dieser Unsicherheit beitragen kann. Lassen Sie es mich ganz klar sagen: Diese Motion wurde überwiesen und wird vom Gemeinderat auch entsprechend umgesetzt. Dies passiert eigentlich bereits jetzt aktuell und zwar laufend im Rahmen der Budgetweisungen. Im Rahmen der letzten Budgetweisungen vom 13. Dezember 2023, die man für 2025 und die folgenden Jahre erliess, wurden beispielsweise die Personalkosten auf 1% und der Sachaufwand auf 0% plafoniert. Sie sehen bereits daran, dass die Vorgaben der Motion eigentlich nicht eingehalten, sondern übererfüllt werden. Was ist nun Sinn und Zweck dieser Fristverlängerung? Es geht genau darum, was Stadtrat Patrick Freudiger ebenso darlegte, hat diese Motion doch einen Zeithorizont bis 2028. Somit kann man dies mit anderen Worten gesprochen zum heutigen Zeitpunkt gar noch nicht abschliessend beurteilen und darüber Bericht erstatten. Das war die einzige Motivation dahinter. Man führte in der schriftlichen Berichterstattung sicherlich nicht nur dieses Argument an, sondern setzte das Ganze in einen grösseren Zusammenhang. Dazu sind ja verschiedene finanzpolitische Vorstösse unterwegs, die einen gewissen inneren Zusammenhang aufweisen. Es wäre dabei aber falsch verstanden, wenn man meint, dass man es damit schubladisieren wollte. Vielmehr wollen wir den Vorstoss damit besonders ernstnehmen. Merci.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Danke. Gibt es nun noch Fraktionssprecher, die sich dazu äussern möchten? Einzelsprecher? Ich sehe niemanden, der sich meldet. Somit ist die Beratung abgeschlossen. Wünscht der Sprecher der Motion noch ein Schlusswort?

Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP): Vielen Dank dem Gemeinderat für diese Klarstellung. Ich denke, dass man mit diesen Erläuterungen guten Gewissens der beantragten Verlängerung so zustimmen kann. Merci.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Gut. So kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung bis 30. September 2027 zustimmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Die Fristverlängerung bis 30. September 2027 für die Umsetzung der dringlichen Motion Freudiger Patrick (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (glp), Clavadetscher Diego (FDP), Rentsch André (JL), Lerch Martin (SVP), Fluri Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2022: Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4. **Motion Freudiger Patrick (SVP), Bösiger Daniel (SVP), Clavadetscher Diego (FDP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Zaugg-Streuli Franziska (FDP) vom 20. Dezember 2021: Neues Submissionsrecht – kommunale Spielräume nutzen: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Bei Traktandum Nr. 4 geht es ebenso um den Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Dies betrifft die Motion von Freudiger Patrick, Bösiger Daniel, Clavadetscher Diego, Dietrich Pascal, Häfliger Dyami, Lerch Martin und Zaugg-Streuli Franziska vom 20. Dezember 2021: «Neues Submissionsrecht – kommunale Spielräume nutzen». Das Eintreten auf das Geschäft ist zwingend und das Nichteintreten ist ausgeschlossen. Entsprechend steigen wir direkt in die Beratung ein.

II Beratung:

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es nicht, da ja eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Auch von der GPK liegt keine Berichterstattung vor. Gibt es einen Sprecher der Motion?

Sprecher der Motion, Patrick Freudiger (SVP): Hier bin ich schon wieder, ansonsten wir doch gar schnell unterwegs wären, wenn wir jetzt schon bereits fertig wären. Und dann hätte auch die Autorin des alternativen Stadtratsprotokolls ein bisschen wenig Stoff für ihre Geschichten. Ich helfe nun auch ihr ein wenig, damit sie die eine oder andere Zeile mehr bekommt. Nein Spass beiseite, ich wollte eigentlich kurz nach vorne kommen, weil ich der Stadtverwaltung, insbesondere Janine Jauner, für diesen engagierten Einsatz bei der Umsetzung dieser Motion danken möchte. Man setzte hier ja, vielleicht ein bisschen spät, diese Kommission ein, da ja die Motion als Motion mit Weisungscharakter überwiesen wurde. Dazu setzte man eine Kommission ein, die sich diesen mitunter komplexen Rechtsfragen vertieft widmen möchte.

Wir haben ein neues Beschaffungsrecht und dazu haben der Kanton, aber auch die Gemeinden, die Möglichkeit mit reglementarischen Grundlagen einen Bereich der Submission vom Vergaberecht auszunehmen. Das ermöglicht es den Gemeinden gezielt vielleicht auch regionale oder vielleicht auch sozialpolitisch erwünschte Aspekte in die Beurteilung einfließen zu lassen, wem man Aufgaben übertragen möchte. Dabei geht es um Aspekte, die vielleicht bei der reinen Beschäftigung für das wirtschaftlich günstigsten Angebot allenfalls auf der Strecke bleiben könnten. Ich darf auch Mitglied dieser Kommission sein und wir hielten bereits einige Sitzungen ab. Dabei gewann ich den Eindruck, dass hier wirklich gut gearbeitet wird. Ein besonderer Dank gebührt Janine Jauner, die hier die Koordination und Leitung wahrnimmt. Weil gut gearbeitet wird, denke ich auch, dass man hier kein Misstrauen säen muss, respektive dass man nicht misstrauisch sein sollte, wenn hier nun die Verlängerung der Bearbeitungsfrist kommt. Es geht hier effektiv um komplexe Rechtsfragen und es sind vielleicht auch Fragen, um die man sich in der Vergangenheit ein bisschen zu wenig beschäftigte und sich vielleicht auch andere Gemeinden etwas zu wenig damit beschäftigten. Ich denke, dass man sagen darf, dass Langenthal hier ein Stückweit Pionierarbeit leistet, weil man diese Fragen nun grundsätzlich aufrollt und in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eben so viel ausgelagert und ausgegliedert wurde, sodass es eben auch vielleicht um mehr als ein, zwei Rechtsbereiche geht, die zu untersuchen sind. Von dem her denke ich – und ich hoffe, ich kann für alle Motionäre sprechen, dass man hier mit gutem Gewissen dieser Verlängerung, die auch kurzgehalten ist, zustimmen kann. Merci fürs Zuhören.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Besten Dank. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Es meldet sich niemand. Gibt es Einzelsprecher? Nein. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, so schliesse ich die Beratung. Wünscht der Sprecher der Motion nochmals das Wort? Nein. So stimmen wir darüber ab. Wer diesem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 zur Umsetzung der Motion gemäss Ziff. 1 zustimmen und gemäss Ziff. 2 den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Die Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 für die Umsetzung der Motion Freudiger Patrick (SVP), Bösiger Daniel (SVP), Clavadetscher Diego (FDP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Zaugg-Streuli Franziska (FDP) vom 20. Dezember 2021: Neues Submissionsrecht – kommunale Spielräume nutzen wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



5. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Wir kommen bei Traktandum Nr. 5 zu den Mitteilungen des Gemeinderates. Dazu übergebe ich zuerst das Wort an Gemeinderätin Martin Moser.

Gemeinderätin Martin Moser (SP): Die Familien stehen heute immer mehr vor besonderen Herausforderungen. Neue Wohn- und Familienformen, die Migration wie auch veränderte Bildungsanforderungen führen zu einem verstärkten Wunsch nach Austausch, nach Vernetzung und Integration. Der Trägerverein für offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau «ToKJO» möchte angesichts dessen einen niederschweligen Ort ohne Konsumzwang schaffen, der den Familien offensteht und sie willkommen heisst. Wie Sie anfangs Februar 2024 den Medien entnehmen konnten, plant «ToKJO» darum in diesem Haus hier ein Familienzentrum. In diesem Familienzentrum soll ein kinderfreundlicher Treffpunkt entstehen, in dem kinder-, jugend- und familienzuspezifische Beratungen und andere Dienstleistungen angeboten werden, oder aber auch einfach Veranstaltungen stattfinden können. Nebst «ToKJO» sollen in diesem Familienzentrum weitere Institutionen und Stellen vertreten sein, die sich für Familien engagieren.

Auf der Suche nach einem geeigneten Standort gelangte dann «ToKJO» an die Stadt, beziehungsweise an den Gemeinderat, weil der Verein die Alte Mühle als sehr passend erachtet. Der Gemeinderat seinerseits findet dieses Projekt eine sinnvolle Sache und unterstützt die Schaffung eines Familienzentrums. Die Nutzung dieser zentral und damit auch ideal gelegenen Alten Mühle als Familienzentrum begrüsst der Gemeinderat sehr. Es wird als tolles Projekt gesehen, das dieses Haus mit guten Angeboten füllt und lebendig macht. Aktuell sind wir intensiv daran gemeinsam mit «ToKJO» die Rahmenbedingungen und die Modalitäten zur Nutzung der Alten Mühle anhand von definierten Eckwerten zu klären und auch festzulegen. Im weiteren Prozess werden dann Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates und/oder der Verwaltung nach Bedarf in die Planung von «ToKJO» einbezogen. Bei den weiteren Schritten werden dann ausserdem die notwendigen Beschlüsse zur definitiven Umsetzung den zuständigen Organen der Stadt zur Genehmigung zum gegebenen Zeitpunkt unterbreitet. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Danke vielmals. Nun hat auch noch Stadtpräsident Reto Müller das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich möchte Sie namens des Gemeinderates über den Baufortschritt beim Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof Langenthal informieren. Das beinhaltet auch eine Information, die die SBB als Bauherrin noch mit einer Sperrfrist bis morgen Mittag belegte. Ich würde deshalb bitten, dass die Anwesenden diese Sperrfrist doch befolgen sollten. Die Medien sind von den SBB für morgen früh zu einem Rundgang eingeladen, bei dem man das Ganze dann auch vor Ort sehen kann, was Sie nun hier teilweise in Bildern geschildert erhalten. Dabei kann dann auch die Kernaussage des heutigen Abends näher dargelegt werden. Es ist so, dass wir uns über viele Anmeldungen der Medienschaffenden freuen können; das Langenthaler Tagblatt und die bz fehlen dabei noch, auch wenn sie bereits schon ein wenig über den Bahnhof berichteten. Sie sind nun aber auch heute Abend nicht anwesend, sodass ich nicht Angst haben muss, dass sie heute einen Primeur mitbekommen. Aber vielleicht kann auch Frau Lama mit ihrem Blog schauen, dass ihr Bericht dann erst morgen Mittag online ist. Merci.





Wir können Ihnen hier nun aktuelle Impressionen vermitteln, da der Gemeinderat letzten Freitag auf der Baustelle war. Sie sehen hier diesen neuen Nordaufgang. Es ist so, dass man hier diese Liftanlage baut, womit man dann auch das erste Mal, seit es dies überhaupt gibt, hier im Norden einen BehiG¹-gerechten Zustand hat, die mit dieser Liftanlage in diese Unterführung geht. Hier sehen Sie, dass die Treppe gebaut wird, die man inklusive des Lifts ab Juni 2024 bereits wieder begehbar sein soll, damit dann eben auch der Zugang von Norden sichergestellt ist.

Noch relativ dunkel und noch ohne Lichtdesign zeigt sich diese Passage. Sie sehen hier auf der rechten Seite den Velostreifen, respektive den Veloweg. Und das daneben ist die neue Breite der Personenunterführung auf dieser Seite. Der Veloweg senkt sich dann gegen die Mitte hin ab und wird dann dort auch ein deutlich anderes Niveau als der Gehweg aufweisen. Beide Bereiche werden dann auch einmal von einem Handlauf abgetrennt sein.

Sie sehen hier, an welchem Ort im Moment am meisten gearbeitet wird. Das betrifft diesen Mittelteil. Hier wird der Hochwasserkanal, den man hier im Vordergrund sieht, aktuell gerade geschlossen. Dabei werden des nachts mit Bauzug-Kranen Fertigelemente herangeführt und dann zueinander geschoben, damit man diesen Bereich decken kann.



¹ BehiG = Behindertengleichstellungsgesetz



Hier haben wir dann das neue Mittel-Perron. Das hier ist nun das Gleis 40 und dahinter befindet sich Gleis 1, das hier daneben auf der Hilfsbrücke durchgeht, was hier noch zu sehen ist. Darüber wird dann ein komplett neues Mittel-Perron gebaut. Dies umfasst die Hauptarbeit, die in den kommenden Wochen passieren wird.



Hier im Süden sehen Sie, dass der Hochwasserkanal konventionell, das heisst nicht mit Fertigbauteilen, gegossen wird, damit man auch diesen Bereich dann wieder schliessen kann. Dies geschieht bis etwa zu einem Drittel dieses Platzes, bevor man dann seitens der Stadt in die Baustelle hineingeht. Links auf Bild ist ein Handy-Video integriert, das ein bisschen den Eindruck vermitteln soll, wie breit hier gebaut wird. Dabei sehen die Mitglieder der Spezialbaukommission und des Gemeinderates anlässlich dieser Begehung. Es handelt sich hier effektiv um eine neue Breite, insbesondere wenn man es mit dem Element als Durchgang vergleicht, so wie man es zuvor kannte. Das befindet sich ja auch noch in Betrieb und das ist eben auch der Grund, was den Kundenfluss ein wenig schwierig macht. Und das hier unten ist die neue Breite, worin Sie die Bauarbeiter wirken sehen.



Und genau hier in dieser Mitte gibt es nun auch ein Problem. Es ist so, dass die SBB eine längere Bauzeit in Anspruch nehmen muss, als wie das bisher geplant war. Die Verzögerung im Bau ist bereits eingetreten, sodass die SBB mit diesem Zustand bis zum Fertigbau der PU¹ leben muss. Seitens der Stadt reagieren wir auf diesen Umstand, indem wir mit unseren Baustellen, nämlich beim Bahnhofplatz Süd sowie beim Bahnhofplatz Nord, später beginnen werden. Im Volltext sieht dies dann so aus. Die SBB redet morgen dann von einer «anspruchsvollen Gesamtbaustelle». Diejenigen, die hin und wieder dort vorbeigehen, bekamen das bestimmt schon mit. Die Gründe liegen dabei in Lieferschwierigkeiten für Spezialbauteile sowie in unvorhergesehenen geologischen Gegebenheiten; allerdings nichts, dass nun so tragisch wäre wie beim Bärengraben. Aber es braucht nun doch eine intensivere Umbauphase.



Dies bedeutet auch, dass die Stadt mit ihren Baustellen später beginnen wird, was den Platz Süd und Platz Nord anbelangt. Dies führt dazu, dass wir dort länger parallel auf beiden Seiten der Plätze bauen werden. Dabei werden wir aber die Gesamtbauzeit nach heutigen Erkenntnissen einhalten können. Das ist die Hauptbotschaft, die wir heute präsentieren. Die Überschneidung unserer Baustellen im Norden und Süden an den Plätzen ist

¹ PU = Personenunterführung



Stadtrat

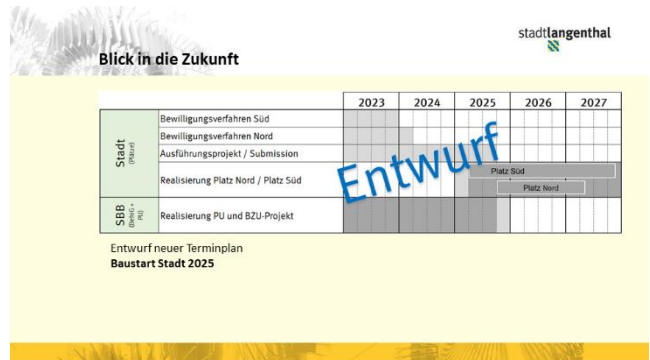
Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 25. März 2024

einfacher möglich, als wenn wir jetzt im Süden anfangen und die TU¹ noch nicht fertiggestellt ist. Ich kann dabei auch bereits ankündigen, dass die Liftanlagen im Süden ab Juni 2024 laufen werden. Das heisst, dass es damit wirklich zu Verbesserungen für den Kundenfluss im Vergleich zur heutigen Situation kommen wird. Das ist die Botschaft zur Verschiebung der Bauphasen, die wir morgen dann noch im Detail gegenüber den Medien kundtun werden. Es war dem Gemeinderat, aber auch mir, ein grosses Anliegen, dies dem Stadtrat so aufzeigen zu können; halt eben auch in dieser Öffentlichkeit, ohne dass Sie dies morgen oder übermorgen aus den Medien entnehmen müssen.

Wir haben hier einen Entwurf, auch wenn das Programm von der Spezialbaukommission so noch nicht abgesegnet wurde, wie man dies dann nachher übereinanderlegen würde. Wie Sie sehen, wird man im Vergleich zu vorher die Arbeiten um rund ein Quartal verschieben müssen und dann mit dem Bau von Platz Süd beginnen. Damit wird aber nicht bereits Mitte 2024, sondern erst im kommenden Jahr begonnen werden. Der Bau von Platz Nord wird weniger lange dauern und parallel zum Platz Süd gebaut. Dabei sollte die Realisierung der PU von Mitte bis gegen Ende 2025 effektiv abgeschlossen sein. Es geht ja nicht nur um diese Personenunterführung, sondern insbesondere auch um das Mittel-Perron, das im Moment noch nicht sichtbar ist, da es bis auf die bestehende Kante im Süden, die stehen gelassen wurde, komplett weggebaut wurde. Dies wird nun in den nächsten Monaten realisiert und dann können die weiteren Arbeiten fortgeführt werden. Das bedeutet, dass sich der Baustart für die Plätze von Mitte/Ende 2024 auf das Jahr 2025 verschiebt.

Damit wir heute Abend allerdings mit einer guten Botschaft aufhören, zeige ich Ihnen hier den visualisierten Blick in die Zukunft. Daran richten wir uns auch auf, haben wir danach doch wieder einen kompletten Platz, den man wirklich für diese Funktionalitäten brauchen kann.

Wenn dann im Süden spätestens im Jahr 2027 fertig gebaut ist, erfolgt dann der Abschluss mit der hier abgebildeten Velostation.



¹ TU = Tunnelunterführung



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 25. März 2024

Merci vielmals. Es freut mich, dass sich die Investition in die neue Präsentationstechnik heute Abend als funktionstüchtig erwies, was auch der Gemeinderat unterstützte, auch wenn wir zuerst ein bisschen Querelen hatten. Der Beamer ist super und zeigt die Farben nun wahrheitsgetreu in den richtigen Farben und nicht mehr falschfarbig an. An dieser Stelle bedanke ich mich auch für den Einsatz der Firma X-Light, die heute Abend auch anwesend ist, um alles zu kontrollieren. Ich denke, dass wir hier eine gute Investition tätigten, so wie wir dies auch beim Bahnhof machen. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Herzlichen Dank. So gehen wir weiter und kommen zu Traktandum Nr. 6 und den eingereichten parlamentarischen Vorstößen.



6. A Eingereichte Motion der SP-GL-Fraktion vom 25. März 2024: Der "Waldhof" ist als Angebot und Inforama-Standort zu erhalten

Motionstext:

"Der "Waldhof" ist als Angebot und Inforama-Standort zu erhalten

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- 1. sich mit entsprechenden Mitteln einzubringen, damit die Angebote am Inforama mit Standort Waldhof für die Region Oberaargau, den Kanton Bern und die angrenzenden Kantone erhalten bleiben.*

Begründung:

Die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung geniesst am Standort Langenthal ein hohes Ansehen und eine tiefe, jahrzehntelange Verwurzelung. Mit der durch den Grossen Rat des Kantons Bern zurückgewiesenen Inforama-Strategie wurde erstmals öffentlich, dass der Regierungsrat des Kantons Bern für den Standort Waldhof in weiten Teilen eine Schliessung und Zusammenlegung der Angebote mit anderen Standorten vorsieht. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion beauftragt, sich bei den zuständigen Ämtern und Direktionen des Kantons für den Erhalt des Inforama-Angebots am Standort Waldhof einzusetzen. Insbesondere könnte der Aspekt für ein interkantonales Hauswirtschaftszentrum in Langenthal mit entsprechenden Angeboten bestärkt werden."

SP-GL-Fraktion
(Erstunterzeichnender: Gerhard Käser)



6. B Eingereichte Motion der SP/GL-Fraktion vom 25. März 2024: Politische Kommunikation verbessern!

Motionstext:

"Politische Kommunikation verbessern!"

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. *ein regelmässig physisch erscheinendes, städtisches Kommunikationsorgan analog anderer Stadtmagazine (Burgdorf, Zug, etc.) mit der Bevölkerung aufzubauen und einzuführen,*
 - a) *sei es als Anhang an ein bestehendes Organ (Anzeiger, Wurzel, etc.) oder als eigene Publikation.*
 - b) *Der Stadtrat, der Gemeinderat, die Stadtverwaltung soll darin über eigene Themen und Projekte berichten können.*
2. *nebst "LinkedIn" weitere offizielle Kommunikationskanäle der "Stadt Langenthal" auf den Social Media zu bespielen.*

Begründung:

Die Stadt hat kein Kommunikationsorgan mit der Bevölkerung. "Web first" als Grundsatz scheint modern und nett, erreicht die (Stimm-)Bevölkerung aber (noch) nicht. Die Botschaften des Stadtrates werden nicht oder nur sehr schlecht gelesen. Daher scheint es begründet, sich in der politischen Kommunikation verstärkt zu engagieren. Es reicht (heute) nicht mehr, die Kommunikation den Stadtratsmitgliedern, Fraktionen oder den Ortsparteien zu überlassen. Der Gemeinderat und mit ihm sämtliche Behörden müssen sich stärker vernehmen lassen können."

SP-GL-Fraktion
(Erstunterzeichnender: Gerhard Käser)



In eigener Sache

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Es wurde nun noch eine persönliche Erklärung gemäss Art. 37 der Geschäftsordnung angekündigt. Dazu übergebe ich das Wort an Georg Cap.

Georg Cap (GL): Ich möchte hier kurz im Rahmen dieser persönlichen Stellungnahme, respektive Erklärung, die mir die Geschäftsordnung ermöglicht, etwas deponieren, was von diversen besorgten Leuten aus der Bevölkerung an mich herangetragen wurde, weil ich und andere Leute aus meiner Fraktion finden, dass es auch wichtig wäre, dass dies hier von den lokalen Politikerinnen und Politiker auch auf- und wahrgenommen wird.

Zwischen Freitag und Samstag letzter Woche tauchten an vielen Orten in Langenthal und ganz besonders stark rund um das Kreuzfeld-Schulhaus massenhaft Kleber auf, die zweifelsfrei im Zusammenhang mit rechtsextremen Organisationen wie beispielsweise der «Jungen Tat» stehen. Dabei geht es also um Organisationen, die von mehrfach vorbestraften Leuten geführt werden und ganz klar problematisches, wenn nicht sogar rassistisch gewaltbereites und gefährliches Gedankengut pflegen. Wenn jemand von Euch nicht wissen sollte, um wen es hier geht, könnt Ihr diese Organisationen gerne googlen. Die Motive und Aussagen auf diesen Klebern reichen von Mobilisierungsaufrufen für einen nationalistisch-rechten Aufbau, über Aufrufe zu Remigration – eigentlich ein neutraler Begriff, der aber jüngst von Rechtspopulistinnen und -populisten zu einer Parole für die Abschiebungspläne von Millionen umfunktioniert wurde, bis zu anderen Dingen wie beispielsweise fremdenfeindlichen Aussagen im Allgemeinen. Daneben befinden sich aber auch Parolen für «rights of primacy¹» auf diesen Klebern. Alles in allem ein Sammelsurium von gelinde gesagt wüstem Gedankengut. Damit Ihr Euch ein bisschen ein Bild machen könnt, was ich mit «massenhaften Klebern» meine, brachte ich hier in dieser Tasche einen kleinen Teil mit, der mir seitens der Bevölkerung übergeben wurde, damit Ihr Euch vorstellen könnt, um wie viele Kleber es sich dabei handelt. Glücklicherweise blieben die allermeisten dieser Kleber bis Ende Wochenende nicht hängen, wurden sie doch von der Bevölkerung bereits grossmehrheitlich entfernt. Insbesondere die vielen Kleber rund um die Schulhäuser verärgerte die Leute sehr, schien damit doch offensichtlich auch das Ziel verbunden gewesen zu sein, bereits jugendlich zu radikalisieren.

Dieser Zwischenfall erinnert einmal mehr wieder an Zeiten, als Neonazis im Umfeld der PNOS für Probleme in Langenthal sorgten. Und es scheint auch klar zu sein, dass es bis heute solche Leute mit solchem Gedankengut in Langenthal gibt, die ihr Gedankengut zu verbreiten versuchen. Dies in unserem Langenthal, den Ort, den ich, seitdem ich auf der Welt bin und hier lebe, als eine mehrheitlich florierende und sehr lebenswerte Stadt wahrnehme und trotz dem hohen Ausländerinnen- und Ausländeranteil kaum mit daraus resultierenden Spannungen zu kämpfen hat. Damit ist Langenthal eigentlich ein Vorbild und zeigt damit vorbildhaft auf, wie Integration erfolgreich gemacht werden kann. In diesem Langenthal hat solches Gedankengut in meinen Augen – was hier einmal mehr betont werden muss, nichts verloren. Ich hoffe einmal, dass Ihr das genauso seht und gebt mir recht. Ansonsten seid Ihr herzlich eingeladen Euch eine Runde zu schämen, wenn Ihr dies nicht auch so seht.

Ich möchte Euch diesen Zwischenfall, obschon er doch im Kern der Sache nicht schwerwiegend ist, gleichwohl mit auf den Weg geben, da er doch aufzeigt, dass es immer noch gilt aufmerksam zu bleiben und extremistischen Tendenzen auch in Langenthal keinen Platz zu lassen. Und ich richte mich hier eigentlich bewusst auch ein wenig an die SVP-Fraktion, ist es doch wohl kaum nur Zufall, dass ein solcher Zwischenfall genau dann passierte, als am Freitag und Samstag zwei grosse politische Veranstaltungen von Euch in der Stadt durchgeführt wurden. Ich will Euch hier keine Schuld geben, was mir fernliegt und es ist auch so, dass Ihr nicht direkt etwas damit zu tun habt, das ist klar. Ich möchte einfach einmal mehr das Bewusstsein dafür schaffen, was für Leute mit entsprechendem Gedankengut Eure Politik anscheinend anzieht und scheinbar auch ermutigt, dieses Gedankengut in die Bevölkerung herauszutragen. Deshalb appelliere ich an Euch vielleicht bei der nächsten Rede, die Ihr haltet oder bei der nächsten Parole, die Ihr fasst oder sonst wie bei einem Entscheid zu überlegen, ob dies nicht zu viel Populismus beinhaltet, damit man solchen Leuten sicherlich keine Plattform bietet und sie noch ermutigt, solches Gedankengut zumindest hier in Langenthal in die Bevölkerung hineinzutragen. In dem Sinn danke ich allen für die Aufmerksamkeit und Kenntnisnahme dieser ganzen Geschichte. Merci.

¹ Rights of primacy = engl. Recht auf Vorrang



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 25. März 2024

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Gut. So übergebe ich das Wort noch an Patrick Freudiger.

Patrick Freudiger (SVP): Ich weiss jetzt nicht genau, wie ich dieses Votum einordnen soll. Es fing gut an, denn die «Junge Tat» sind «Grüsel» und mit denen möchte ich eigentlich nichts zu tun haben. Wirklich nicht. Ich schämte mich sehr fremd für gewisse Leute von der jungen SVP, die meinten, dass da eine Nähe besteht, was in der NZZ am Sonntag stand. Diese Leute haben keine Ahnung von der Sache. Nein, die «Junge Tat» sind «Grüsel» und wir haben mit denen nichts zu tun. Und wir finden es ausgesprochen verurteilenswert, was die dort machten. Was mich einfach ein bisschen irritiert, für was für Äusserungen das Gefäss einer persönlichen Erklärung hier eingesetzt wird. Ich weiss auch nicht genau, wie Du Dich persönlich betroffen fühltest. Ich bin nun bald 20 Jahre im Stadtrat. Die Meinung ist eigentlich, dass wenn jemand persönlich angegriffen wird, man darauf reagieren und sich danach dazu äussern kann. Man sollte ein bisschen aufpassen, wenn man damit beginnt, dieses Gefäss inflationär zu nutzen um solch allgemeine Bekundungen, ob berechtigt oder nicht, in den Raum zu stellen. Dafür ist es nicht gemacht und was einfach degoutant. Und es ist schlicht unanständig, dass man hier eine Nähe dieser latent extremen Leute zur SVP zu konstruieren versucht. Es fand hier eine Delegiertenversammlung statt, an der ich übrigens nicht teilnahm, die gut besucht war und man dabei einen neuen Parteipräsidenten wählte, was alles in demokratischen Bahnen ablief, so wie dies in unserer Partei üblich ist. Und hier nun irgendwie zu versuchen, Nähe zu kritisieren; sorry, das ist einfach billig. Das ist billig und es entwertet den sehr guten Anfang Deines Statements mit einer berechtigten Sorge von rechtsextremen Tendenzen. Es ist einfach schade, war es doch schlicht nicht nötig.

Stadtratsvizepräsidentin Niluja Nadesalingam (GLP): Gut, so kommen wir zum Schluss. Die nächste Stadtrats-sitzung wird am Montag, 29. April 2024 stattfinden, dannzumal wieder mit der amtierenden Stadtratspräsidentin. Über die Uhrzeit und die Traktanden werdet Ihr rechtzeitig informiert. Ich danke Euch herzlich für die Kooperation.